

Geleitwort

Das Thema der deutschen „Studentenbewegung“ erhitzt immer noch bzw. schon wieder die Gemüter. Wie ist sie zu würdigen? Sind ihre Folgen fundamentaler oder nur marginaler Natur? Wie hat sie die politische Kultur verändert? Susanne Kailitz nimmt sich in ihrer Doktorarbeit der so bedeutsamen wie heiklen Frage an, ob es in der Gewaltfrage Verbindungslinien zwischen der Frankfurter Schule, der Studentenbewegung und der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) gegeben hat. Die in dieser Form bisher noch nicht ausführlich erörterte Thematik darf in jeder Hinsicht als dissertationswürdig gelten.

Die Einleitung erörtert in überzeugender Weise den Untersuchungsgegenstand, die Problemstellung, den Gewaltbegriff, den Forschungsstand sowie den Aufbau. Sehr gut arbeitet die Autorin ihre Leitfragen heraus. Zu den wichtigsten gehören: „Welche Konzepte von Gewalt und Widerstand finden sich im Ideengut der drei untersuchten Generationen Frankfurter Schule, Studentenbewegung und RAF? Wo bestehen Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede?“ Ihr personalistischer Ansatz ist plausibel begründet (nicht zuletzt wegen der Schwammigkeit des Begriffs der Studentenbewegung), um quellenkritisch tatsächliche oder auch nur vermeintliche Zusammenhänge zu überprüfen. Die Auswahl der Personen präjudiziert kein bestimmtes Ergebnis. Das zweite Kapitel legt ein komplexes Analyseraster für Gewalt vor (sogar mit kleinen strafrechtlichen Exkursen). Die Verfasserin unterscheidet zwischen der Wahrnehmung der politischen Situation, differenziert dabei nach allgemeiner politischer Unzufriedenheit, nach der Wahrnehmung von Repression (mit Anspruchnahme eines Widerstandsrechts), nach der Wahrnehmung einer revolutionären Situation und der Bewertung der Mittel (gewaltloser Protest und ziviler Ungehorsam, Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Personen, Guerilla und Terrorismus). Dieses Analyseraster, das der Arbeit einen hohen wissenschaftlichen Anspruch verleiht, ermöglicht einen systematischen Vergleich. Vor allem ist die These wichtig, dass die Frage nach der Wahrnehmung der politischen Situation darauf zielt, „ob eine mögliche Ablehnung gewaltsamer Mittel aus prinzipiellen oder strategischen Gründen erfolgt“.

Während das knappe dritte Kapitel durch die Vorstellung der drei Personengruppen in die Thematik einführt, handeln die Kapitel 4-6 – die zentralen Teile der Arbeit – das Verhältnis der Frankfurter Schule, der Studentenbewegung und der RAF zur Gewaltfrage ab. Jedes Kapitel ist gleich aufgebaut und nach den jeweiligen Protagonisten untergliedert. Die Autorin geht systematisch vor und unterscheidet jeweils zwischen der Wahrnehmung der politischen Situation sowie der Bewertung der Mittel (unter Einbeziehung eines Vergleiches). Folgende Personen werden auf ihre Einstellung zur Gewalt untersucht: Max Horkheimer und Theodor Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas als Repräsentanten der Frankfurter Schule, Hans-Jürgen Krahl, Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit als Repräsentanten der

Studentenbewegung, Ulrike Marie Meinhof, Horst Mahler, Gudrun Ensslin und Andreas Baader als Repräsentanten der RAF. Wie diese Kernkapitel deutlich machen, stellen die einzelnen Gruppen keine homogene Einheit dar. Besonders die Vorstellungen innerhalb der Frankfurter Schule weichen weit voneinander ab. Lehnt(e) Jürgen Habermas im Prinzip alle Formen der Gewalt ab, kann davon bei Herbert Marcuse, der auf die Studentenschaft als revolutionäre Kraft setzte, keine Rede sein. Die Kapitel sind nicht zuletzt wegen der textnahen Interpretation überzeugend. Durch die einheitliche Vorgehensweise und den Vergleich kann Kailitz mannigfache Parallelen und Unterschiede innerhalb einer Personengruppe gut herausarbeiten. Das siebte Kapitel analysiert eingängig Konflikte zwischen den drei Personengruppen: der Frankfurter Schule und der Studentenbewegung, der Studentenbewegung und der RAF, der Frankfurter Schule und der RAF. Die Konflikte entzündeten sich in der Tat wesentlich an der Gewaltfrage. Gut wird folgender Sachverhalt auf den Begriff gebracht: „Es ist ein interessantes Paradoxon, dass die Studentenbewegung in einen erbitterten Streit mit den Mitgliedern der Frankfurter Schule geraten war, weil diese die Gewaltretorik der Studenten ablehnten und vor einem Umschlag in den Terrorismus warnten, und nur kurze Zeit später in Konflikt zur RAF geriet, weil diese eben den Weg einschlug, mit dem die Studenten immer kokettiert hatten, von denen aber nur eine verschwindende Minderheit, nämlich die Terroristen, zu Waffen gegriffen hatte“. Die Schlussbetrachtung macht zu Recht noch einmal die Differenzen innerhalb der einzelnen Personengruppen plausibel.

Ich stimme der Auffassung zu, die Frankfurter Schule könne nicht für den Terrorismus der RAF verantwortlich gemacht werden. Anders sieht es mit der Verantwortlichkeit der radikalen Studentenbewegung aus. Hat diese nicht doch eine bis heute anhaltende Enttabuisierung von Gewaltanwendung ausgelöst? Kailitz schreibt selbst: „Jeder Siebte habe nicht ausschließen wollen, dass er ein Mitglied der [Baader-Meinhof-]Gruppe für eine Nacht bei sich aufnehmen würde, um es vor der Polizei zu schützen. Viele [besser: einige] Angehörigen der Linken taten dies auch – und nahmen wie etwa der Hochschulprofessor Peter Brückner dafür große Schwierigkeiten in ihrem beruflichem Leben auf sich.“ Sofern von einer Ablehnung der Gewalt die Rede war, ging diese wesentlich auf eine taktisch-strategische Motivation zurück, was die Autorin auch erwähnt. Der „individuelle Terror“, hieß es damals, provoziere eine „Kriminalisierung der Linken“.

Insgesamt hat Susanne Kailitz eine überzeugende Analyse zu den Verbindungslinien von Frankfurter Schule, Studentenbewegung und „Roter Armee Fraktion“ mit Blick auf die Frage der Gewalt vorgelegt. Quellen und Literatur sind umfassend ausgewertet und einleuchtend interpretiert worden. Diese Arbeit kann sich durch die Vielfalt der Vergleiche sowie durch ihre differenzierte Argumentation sehen lassen. Auch nach dieser Publikation dürfte weiter über die Studentenbewegung und ihre Folgen gestritten werden – vielleicht auf einem höheren Niveau.

Chemnitz, März 2007

Eckhard Jesse

I. Einleitung

1. Untersuchungsgegenstand

Der Grünen-Politiker Joschka Fischer hat seine politische Laufbahn im Sommer 2006 beendet, um als Dozent an die Universität Princeton zu gehen. Damit schließt sich ein Kreis: Zu Beginn des Jahres 2001 musste sich der damalige deutsche Außenminister öffentlich Vorwürfen zu seiner militanten Vergangenheit stellen. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie radikal die Frankfurter „Sponti“-Szene, ein Ausläufer der Studentenbewegung, gewesen ist und ob Fischer, eine ihrer zentralen Führungsfiguren, Gewalt gegen Personen befürwortet und angewendet hat. In einem Artikel wies „Der Spiegel“ darauf hin, dass Fischer im Frühjahr 1968 nach Frankfurt gegangen sei, „um Vorlesungen der Theoretiker der neuen Linken, Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas und Oskar Negt“¹ zu hören. Abseits des öffentlichen Streits, der in der Frage gipfelte, ob ein ehemaliger Extremist ein Ministeramt bekleiden dürfe, war ein weiterer Aspekt beachtenswert. Der Hinweis des „Spiegels“, Fischer habe an Vorlesungen von Vertretern der Frankfurter Schule teilgenommen, klingt im Kern, „als habe der Straßenkämpfer, während sich seine ‚Putztruppe‘ noch die Wunden leckte, im Hörsaal erst geistig nachgerüstet, um dann im Kampf gegen das ‚Schweinesystem‘ fremde Gedanken zur eigenen Tat reifen zu lassen“.² Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Fischer nun nach Princeton gegangen ist, um Studenten geistig zu rüsten.

Interessanter aber ist: Noch nach über 30 Jahren sorgte die Frage nach den Einstellungen der Studentenbewegung und ihrer Splittergruppen für Furore und lenkte dabei den Blick einmal mehr auf die geistigen Vaterfiguren der Bewegung auf der einen und ihre gewalttätigen Erben auf der anderen Seite. Die alte Frage, ob und wann Gewalt als Mittel des politischen Protests und Widerstandes gerechtfertigt ist, hat an Aktualität nichts verloren. „1968“ ist zum Mythos geworden. Die Jahreszahl gilt als Symbol für ein weltweites Phänomen: den Protest der Jugend in den späten 60er-Jahren. Die Auslöser mögen in den einzelnen Staaten variieren, doch der Grundtenor der Ereignisse in den USA, Japan und den westeuropäischen Staaten war der gleiche. Ein Teil der intellektuellen Jugend lehnte sich unerwartet gegen die Gesellschaftsordnung auf und schuf damit etwas Neues: „eine Revolte ohne vordringliche ökonomische Ursachen“.³ Vielmehr begannen die Studenten, die soziale Welt der in ihren Augen psychisch und kulturell unterentwickelten Industrienationen und deren Lebensformen in Frage zu stellen und Veränderungen einzuklagen. Zudem liefen 1967/68 mehrere Konfliktstoffe zusammen: die TET-Offensive, der

¹ „Ich hab gekämpft“, Der Spiegel, 2 (08.01. 2001), S. 26.

² Brand-Sätze. Joschka Fischer und die Frankfurter Schule, in: Die Zeit, 3 (11.01.2001), S. 37.

³ Ernst Bloch zitiert nach: Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden, Reinbek 1988, S. 233f.

Kulminationspunkt des Vietnam-Kriegs; der von sowjetischen Panzern niedergewalzte „Prager Frühling“; die Niederschlagung der mexikanischen Studentenproteste gegen die korrupte Staatspartei durch Polizeitruppen – all das führte zu einer weltweiten Parallelität der jugendlichen Proteste. In fast allen europäischen Städten fanden Demonstrationen statt, die unter Bezeichnungen wie „Pariser Mai“ oder „heißer Herbst in Italien“ in die Geschichtsbücher eingegangen sind. Insbesondere in der deutschen Nachkriegsgeschichte nimmt „1968“ eine Schlüsselstellung ein, war hier doch das Generationenverhältnis durch die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die zu einem „Schuldkomplex der jüngeren Generation wegen der Untaten der Väter“⁴ geführt hatten, nachhaltig belastet. Auch die Hoffnungen auf die Demokratisierung des verkrusteten Hochschulsystems nach 1945 hatten sich nicht erfüllt. Diese Aspekte bildeten den Nährboden für den jugendlichen Protest.

Schon die Bezeichnung „68er-Bewegung“ ist jedoch irreführend und wird von ehemaligen Beteiligten als „drückende Agonie zu den demokratischen Revolutionären von 1848“⁵ empfunden – in Wirklichkeit sei 1967 das für die Protestbewegung entscheidende Jahr gewesen. Vor dem 2. Juni 1967 habe sich die Revolte auf den Campus konzentriert, nach dem gewalttätigen Tod Benno Ohnesorgs wurde aus der studentischen Opposition die Außerparlamentarische Opposition. Es begann der „Siegeszug der Selbstorganisation, des ‚Räteprinzips‘ und der Vorstellung vom einheitlich reaktionären, ‚autoritären Staat‘“⁶ und damit der Kampf gegen die Springer-Presse und der Versuch, die staatliche „Gewaltmaschine“ zu entlarven. Wer also von „1968“ spricht, der meint tatsächlich das Phänomen des studentischen Protests in der Zeitspanne 1967-1969. Wen wundert es also, wenn nicht nur die Bezeichnung des Phänomens, sondern auch seine Auswirkungen umstritten sind? Einigkeit besteht lediglich in der Feststellung, dass die studentische Protestbewegung sowohl in ihren mittelfristigen praktischen Zielen – die Notstandsgesetzgebung und die zunehmende Manipulation der öffentlichen Meinung insbesondere durch den Springer-Verlag zu verhindern und die USA zum Rückzug aus Vietnam zu zwingen – als auch ihren langfristigen – die Stellung eines revolutionären Subjekts einzunehmen und die bisherige kapitalistische Gesellschaftsordnung durch einen neuen Sozialismus zu ersetzen – als gescheitert zu betrachten ist. Einzig die angestrebte Hochschulreform konnte zu Teilen erreicht werden. Über ihre tatsächlichen Leistungen und Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik wird auch noch über 30 Jahre später gestritten.

Anhänger der Studentenbewegung begreifen die Jahre 1967/68 als Zeit eines lange überfälligen demokratischen Aufbruchs und politisch-kulturellen Umbruchs und des Beginns nötiger Reformen. Für sie hat damit die „Verwandlung des Obrige-

⁴ Norbert Elias zitiert nach: Paulus Ebner, *Die zahme Revolution*, Wien 1998, S. 43.

⁵ Christian Semler, *Der 2. Juni war die Zäsur*, die Tageszeitung vom 31.05.1997, S. 2.

⁶ *Ibid.*

Konsequenz der Protestbewegung gewesen.¹⁰ Die RAF hatte sich im Mai 1970 unter der Führung Andreas Baaders, Gudrun Ensslins, Horst Mahlers und Ulrike Meinhofs gegründet. Die als Baader-Meinhof-Gruppe bekannt gewordene Organi-

ihrer Verhaftung 1972 verübte die Gruppe mehrere bewaffnete Banküberfälle und Attentate, die zahlreiche Tote und Verletzte forderten.¹¹ Nach der Inhaftierung der Führungsfiguren formierte sich eine zweite Generation von Linksterroristen. „Baa-

⁷ Günter C. Behrmann, Kulturrevolution: Zwei Monate im Sommer 1967, in: Clemens Albrecht u.a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a.M./New York, 1999, S. 344.

⁸ Ibid.

⁹ Gesine Schwan, Die Auswirkungen von 1968 auf die deutsche politische Kultur, in: Eichholz Brief, 31 (1994), Heft 3, S.15.

¹⁰ Vgl. Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 88.

¹¹ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Band II: Analyse, Köln 1989, S. 154.

der-Meinhofs Kinder“¹² setzten das Werk der ersten RAF-Generation mit dem Ziel fort, die inhaftierte RAF-Führungsriege aus der Haft zu befreien. Dabei wurden sie stark von dieser gelenkt. Auf das Konto der zweiten Generation der RAF gehen unter anderem die Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und des Bankiers Jürgen Ponto im „deutschen Herbst“ 1977.

Die Mitglieder der ersten Generation der RAF stammten aus dem Umfeld der studentischen Protestbewegung. Der Studentenbewegung wird daher oft der Vorwurf gemacht, sie habe ein Klima geschaffen, in dem die Hemmschwelle für Gewaltanwendungen gesunken sei. Tatsächlich können sich auch Nostalgiker den Fakten nicht verschließen. Im Rahmen des studentischen Protests kam es immer wieder zu Ausschreitungen und das von der RAF aufgegriffene Konzept einer Stadtguerilla war in den Reihen der Außerparlamentarischen Opposition entstanden. Daniel Cohn-Bendit, einer der Hauptakteure der Studentenbewegung, leugnet die Verbindungslinien nicht: „Der Vietnam-Krieg, die Diktaturen in Persien und Griechenland oder auch die Notstandsgesetze mussten erhalten, um ein genuines Widerstandsrecht gegen den westdeutschen Staat zu formulieren. Das war ein Ambiente, in dem sich alles entwickeln konnte. Einerseits eine radikaldemokratische Bewegung, die dem zivilen Ungehorsam verpflichtet war, andererseits radikale Gruppen, die die antiimperialistische Widerstandsphraseologie für bare Münze nahmen und diese nach persönlichen Erfahrungen von Repression in konkreten bewaffneten Widerstand umgesetzt hat.“¹³

Dennoch: Auch wenn die RAF sich immer wieder auf Traditionen der Studentenbewegung bezog und ihre Mitglieder zum Teil aus der antiautoritären Protestbewegung rekrutierte, vollzog die Mehrheit der 68er die Hinwendung zum gewaltsamen Kampf gegen andere Menschen nicht: „Sie blieb dabei, dass einzig Gewalt gegen Sachen zu rechtfertigen sei. Sie begrenzte ihre Ziele, nicht so sehr aus Angst vor den möglichen Folgen, Tod oder langjährige Haft, sondern weil sie ihrem überkommenen Pazifismus verpflichtet blieb und sich nicht dazu verstehen konnte, Leichengeruch ein emanzipatorisches Moment abzurufen.“¹⁴

2. Problemstellung

Wer der Frankfurter Schule vorwirft, über die Studentenbewegung den geistigen Boden für den Terrorismus der RAF bereitet zu haben, unterstellt, dass diese drei Gruppen gleiche oder sehr ähnliche Positionen in der Gewaltfrage vertraten. Um zu

¹² Vgl. Tobias Wunschik, *Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF*, Opladen 1977.

¹³ Daniel Cohn-Bendit zitiert nach: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Anm. 11), S. 149.

¹⁴ Gerhard Fels, *Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF*, Bonn 1998, S. 273.